

LUIGI WOLF

Neuformierung der Linken – auch in Frankreich?

Bericht vom 33. Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei vom 23. bis 26. März 2006

Während die Bewegung gegen die arbeitsrechtliche Benachteiligung für Berufseinsteiger allgegenwärtig war – direkt nach Eröffnung wurde eine fünfständige Pause eingelegt, damit alle Delegierten des Kongresses an einer Studierenden- und Schülerdemonstration teilnehmen konnten –, bestimmte ein anderes Ereignis den Kongress nachhaltig: Das Referendum gegen die EU-Verfassung als Erfolg der Linken und ihrer Kampagne war der zentrale Bezugspunkt, der immer wieder angerufen und interpretiert und auch zur Legitimierung durchaus divergierender politischer Strategien herangezogen wurde.

Diese strategische Diskussion bestimmte den gesamten Kongress und hatte schließlich ihren Kristallisationspunkt in der Diskussion um die Wahlstrategie der FKP für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2007.

Mit dem Beschluss, die Entscheidung über eine kommunistische Kandidatur auf den Spätherbst 2006 zu verschieben und zu einer anti-neoliberalen Einheitskandidatur aufzurufen, öffnet sich der französischen Linken ein historisches Fenster zur politischen Neuformierung.

Dabei bewegen sich die französischen Kommunisten zwischen dem Wunsch, die Trägerkoalition der »Nein«-Kampagne in ein dauerhaftes politisches Bündnis umzuwandeln, und einem Wahlsystem, das Spaltungen im »Nein«-Lager begünstigt und gleichzeitig dem mächtigen Apparat kommunistischer Mandatsträger die Weiterführung eines Bündnisses mit den Sozialisten ermöglicht.

Der Parteitag und seine Beschlüsse

An dem Kongress der FKP haben 924 Delegierte aus 96 Fédérations (Gliederungen) teilgenommen. Darunter waren 43,8 Prozent Frauen (2003: 40 Prozent), 16 Prozent waren Jugendliche unter 30 Jahren (2003: 8,5 Prozent) und 137 (14 Prozent) davon waren weniger als zwei Jahre in der Partei (2003: 9,3).

Damit zeigt sich, dass der Partei ein gewisser Verjüngungsprozess gelungen ist. Dazu passen die Zahlen der Neueintritte, 8 000 allein im Jahr 2005, so dass die Partei erstmals seit Jahrzehnten nicht weiter geschrumpft ist (offizieller Stand 2006: 135 000 Mitglieder).

Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass die Partei immer mehr eine Partei des öffentlichen Dienstes wird. Von 924 Delegierten arbeitet mehr als die Hälfte (553) im öffentlichen Dienst. Nur 267 Delegierte arbeiten im privaten Sektor.

Noch bezeichnender ist aber, dass nur noch 7,9 Prozent der Delegierten sich der Kategorie der Arbeiter zurechnen. 25,7 Prozent sind

Luigi Wolf – Jg. 1979;
Student der Politikwissenschaften am Otto-Suhr-Institut in Berlin, aktiv bei WASG und Linke.Hochschulgruppen-netzwerk.

Angestellte, 14 Prozent sind Lehrpersonal, 13 Prozent technische und mittlere Angestellte und 21 Prozent Selbstständige.

Darunter sind »nur« noch 67,7 Prozent Mitglieder in einer Gewerkschaft oder Berufsgenossenschaft – allerdings ist gut die Hälfte dieser Mitglieder dort in einer Funktion (29,9 Prozent der Delegierten)¹.

Es zeigt sich also, dass die besondere Stellung, die die FKP einmal innehatte, weil die große Mehrheit ihrer Funktionäre und Kongressdelegierten tatsächlich Arbeiter waren, verloren gegangen ist.² Allerdings sind die Delegierten noch immer relativ repräsentativ für die Mitgliedschaft der Partei und bestehen nicht wie bei anderen Parteien nur oder hauptsächlich aus Parteikadern und abhängigen Beschäftigten der Partei. Trotzdem sind immerhin 29,1 Prozent der Delegierten Mandatsträger der Partei, wozu noch einmal einige Mitarbeiter der Partei hinzu kommen dürften.

Der Kongress verabschiedete eine Reihe wichtiger Dokumente. Darunter befinden sich die Überarbeitung des Kommunismusbegriffes »Visee communiste«, die Überarbeitung der Parteistatuten und ein Beitrag der FKP zur Programmdebatte in der Linken vor den Wahlen 2007.³

Die alles entscheidende Debatte drehte sich aber um die Frage der strategischen Orientierung. Sollte die FKP bereits auf dem Parteitag ihre selbstständige Kandidatur beschließen oder sollte sie eine anti-neoliberale Sammlungsbewegung vorschlagen, deren Träger eine »kommunistische Kandidatur sein könnte«, über die die FKP aber erst auf dem nächsten Kongress im November beschließen würde.

Bereits in der allgemeinen Aussprache bezog sich eine Mehrheit der Delegierten auf diese Frage und nach Vorstellung des strategischen Leitantes folgte noch einmal eine Debatte, an der sich 50 Delegierte beteiligten.

Das Ergebnis ist, dass der strategische Leitantrag der Parteiführung, der einen Appell für eine anti-neoliberale Einheitskandidatur enthält und die Entscheidung über die FKP-Kandidatur auf einen Kongress im Oktober/November verschiebt, mit 570 Stimmen bei 227 Gegenstimmen angenommen wurde. Die Zahl der Gegenstimmen – immerhin 26,9 Prozent – ist dabei geringer als die Zahl der Stimmen, die in einem Änderungsantrag eine sofortige kommunistische Alleinkandidatur gefordert hatte (etwa 35 Prozent)⁴.

Am Ende wurde noch das nationale Führungsgremium der FKP gewählt: der Conseil National. Dieser wurde in einer Listenwahl gewählt, wobei eine Liste jeweils Kandidaten und Kandidatinnen für alle der 242 zu vergebenden Plätze aufweist. Der Kopf der Liste wird bei dem Erfolg der Liste automatisch zum Secrétaire National gewählt.

Erstmals in der Geschichte der FKP trat bei dieser Wahl eine Oppositionsliste gegen die Mehrheitsliste von Marie-George Buffet an. Die Liste, die von André Gérin angeführt wurde, kann dem traditionalistischen Flügel zugerechnet werden (dazu weiter unten). Für die Liste von Marie-George Buffet stimmten 753 Delegierte (91,3 Prozent). Für die Oppositionsliste stimmten 72 Delegierte (8,7 Prozent).

Situation und Herausforderungen

Im Jahr 2007 stehen in Frankreich Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an. Wie wird die Linke zu diesen Wahlen antreten?

1 Alle Zahlen aus der Beilage »Communistes« der FKP-nahen Tageszeitung »Humanité«. <http://www.FKP.fr/docs/telecharger/3802Commu.pdf>.

2 Noch 1967 waren 51 Prozent der Parteitagsdelegierten Arbeiter. 1976 waren 52,3 Prozent der Politbüro-Mitglieder und 59,2 Prozent der premiere secrétaire fédéraux, was mit Bezirkssekretär übersetzt werden könnte, Arbeiter.

3 Für einen Überblick über diese Diskussionen und Beschlüsse siehe der französische Bericht, siehe Anmerkung 1. Die Resolutionen sind unter <http://docushare.dmz.FKP.fr/dscgi/ds.py/View/Collection-358> einzusehen.

4 Die Abstimmung über diesen Änderungsantrag ist leider nicht dokumentiert, so dass ich mich dabei auf meine Notizen verlassen muss.

Die heutigen Debatten können nur vor dem Hintergrund zweier Ereignisse verstanden werden: Den Präsidentschaftswahlen 2002 und dem Erfolg der »Nein«-Kampagne beim Referendum zur Verfassung der Europäischen Union am 29. Mai 2005.

Die Strategiedebatte in der Linken ist von dem traumatischen Ereignis schwer belastet, das die Präsidentschaftswahlen 2002 für die Linke insgesamt darstellten. Damals war die aus dem Regierungsbündnis kommende Linke »gauche plurielle« (plurale Linke) aus Sozialisten, Kommunisten, Grünen und der linkssouveränistischen Bewegung von Jean-Pierre Chevenement schwer abgestraft worden. Im Vergleich zu den vorherigen Präsidentschaftswahlen 1995, als die trotzkistische Kandidatin Arlette Laguiller erstmals die Fünf-Prozent-Hürde übersprang, konnten die trotzkistischen Kandidaten insgesamt über zehn Prozent der Stimmen erhalten und damit mehr als drei mal so viel wie die KPF mit 3,4 Prozent für ihren Kandidaten Robert Hue.⁵ Dieser an sich schon bemerkenswerte und beispiellose Wahlerfolg der »extremen« Linken wurde aber von einem anderen Ergebnis der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen überschattet. Abgestraft durch die massive Wahl für die »extreme« Linke und Kandidaten anderer linker Formationen – der Grünen beispielsweise – zog der sozialistische Kandidat Jospin nicht in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen ein. Stattdessen gewann Jean-Marie Le Pen überraschenderweise so viele Stimmen, dass es bei der Stichwahl zum zweiten Mal seit Gründung der 5. Republik keine Entscheidung zwischen einem linken und einem rechten Kandidaten gab. Stattdessen mussten die Wähler zwischen einem rechten und einem faschistischen Kandidaten wählen, was die Linke in ihrer absoluten Mehrheit dazu veranlasste, zur Wahl von Chirac aufzurufen. Dieser gewann dann in der zweiten Runde 82 Prozent der Stimmen.

In der kollektiven Erinnerung von Parteiaktivisten und Wählern überlagern sich diese widersprüchlichen Erfahrungen.

Für die radikale Linke – insbesondere für die trotzkistische Organisation Ligue Communiste Revolutionnaire (LCR) – stellte die Aufstellung des bis dahin vollkommen unbekanntes Olivier Besancenot einen großen Erfolg dar. Sie gewann als kleine Organisation einen öffentlichkeitswirksamen Sprecher, dessen Bekanntheitsgrad in keinem Verhältnis zur Größe der Organisation steht. Da sich die LCR für die Regierungspolitik nicht verantwortlich fühlt, ist aus ihrer Perspektive das Debakel der pluralen Linken »deren Problem«.

Für Wähler und Aktivisten von FKP, den Sozialisten und den Grünen sieht die Sache komplizierter aus. Waren es gerade die kommunistischen und sozialistischen Wähler, die mit ihrer Stimmabgabe ihre Parteien abstrafen wollten (»vote sanction«), so waren sie gleichzeitig von den Konsequenzen »ihrer« Wahl geschockt.

Während die Führungen vor allem der Sozialisten und der Grünen versuchten, dieses schlechte Gewissen ihrer Wähler gegen die in den Wahlen ausgedrückte Kritik ihrer Politik ins Feld zu führen – »die Protestwahl hilft nur den Rechten« – fühlten sich viele Aktivisten und Mitglieder von Grünen, SP und FKP in ihrer Kritik der Regierungspolitik bestätigt, wussten allerdings nicht, wie sie diese in eine Politik umsetzen sollten, die eben nicht den Rechten in die Hände spielt – ein Leitmotiv auch für die Debatten auf dem 33. Parteitag der FKP.

5 1995 hatte Robert Hue noch 8,7 Prozent erhalten. Damals war der Trotzkistin Arlette Laguiller mit 5,3 Prozent erstmals der Sprung über die Fünf-Prozenthürde gelungen. Im Jahr 2002 erhielten die trotzkistischen Kandidaten zusammen schließlich 10,6 Prozent der Stimmen.

Die »Nein«-Kampagne gab den Kräften, die eine Politik links des Sozialliberalismus der Parteiführungen von Grünen und der Sozialistischen Partei realisieren wollten, einen Ansatz der Gemeinsamkeit.

Konnte die Protestwahl der sozialistischen, grünen und kommunistischen Wählerschaft bei den Wahlen 2002 noch für die Niederlage des gesamten linken Lagers verantwortlich gemacht werden, so wurde mit dem Referendum zur EU-Verfassung zum ersten Mal eine Perspektive der Mehrheitsfindung links des Sozialliberalismus greifbar.

Insofern ist der Sieg der Nein-Kräfte mehr als eine Einheit im Nein. Für das linke Nein, »le Non de gauche«, ist mit der erfolgreichen Kampagne zur EU-Verfassung die Perspektive einer »anti-neoliberalen Mehrheit« in der Bevölkerung entstanden.

Besonderes Gewicht erhält dieser Sieg dadurch, dass alle daran beteiligten Kräfte die Bedeutung der Einheitskampagne betonen. Mit über 1 000 Komitees im ganzen Land, in deren Kern Aktivistinnen und Aktivisten von KP, LCR, Gewerkschaften und Dissidenten aus Grünen und Sozialisten monatelang kooperierten, entstand eine echte, das ganze Land umfassende Volksbewegung.

Diese ermöglichte es auch, dass die Mehrheit der sozialistischen (59 Prozent) und grünen Wähler (64 Prozent) trotz der klaren Positionierung ihrer Parteiführungen zu Gunsten der Verfassung, für das »Nein« gewonnen werden konnten.

Die Kombination aus dem Erfolg und der Erfahrung einer kollektiven Kampagne zum Nein hat die Linke nachhaltig geprägt und die Führungen von Grünen und Sozialisten traumatisiert.

Der 29. Mai hat als politisches Erdbeben einerseits (EU-Verfassung gekippt und die rechte Regierung von Jean-Pierre Raffarin zum Rücktritt gezwungen) und als kollektive Erfahrung tausender Aktivistinnen und Aktivisten das Zeug, zu einem Gründungsmythos politischer Neuformierung zu werden.

Besonders delikat wird das Ringen um eine Neuformierung der politischen Linken in Frankreich, da er im Rahmen eines spezifischen Wahlrechts stattfinden muss.

Frankreich ist eine Präsidialdemokratie. Die Institutionen der V. Republik sind als Antwort des Gaullismus auf die Parteiendemokratie in der IV. Republik entstanden. Sie waren darauf ausgerichtet, die Rechte hinter einem starken Präsidenten De Gaulle zu vereinigen und die Kommunistische Partei – von 1946-56 durchgehend mit mehr als 20 Prozent der Stimmen stärkste Kraft in Frankreich – auszu-manövrieren. Der Effekt war, dass die Präsidentschaftskandidatur und ihre Logik – in der zweiten Runde alles auf zwei Kandidaten zuzuspitzen – die Wahlen zukünftig bestimmte. Für die KP bedeutete dies, in den folgenden Jahren bei den Wahlen für die Präsidentschaft auf einen mehrheitsfähigen sozialistischen Kandidaten angewiesen zu sein.

Für die Präsidentschaftswahlen kristallisierten sich Bedeutungsunterschiede der Wahlgänge heraus. Für die erste Runde schickte jede Formation ihren Kandidaten ins Rennen, um die eigene Organisation national zu profilieren und um die Kräfteverhältnisse innerhalb der Linken festzustellen. In der zweiten Runde gab es dann eine Fokussierung auf den jeweils bestplatzierten Kandidaten, der dann vor allem die Aufgabe hatte, das gegnerische Lager zu besiegen.

Konnten die Präsidentschaftswahlen früher zur Profilierung jeder einzelnen Organisation und als Barometer für die Aushandlung des Kräfteverhältnisses der Wahlbündnisse für die Parlamentswahlen dienen, so hat diese Funktion seit der Wahl 2002 einen großen Schaden genommen. Die Wähler erwarten einerseits für die Präsidentschaftswahlen 2007 – gerade auf der Linken –, dass die Linke Kandidaten aufstellt, die eine Wiederholung des Desasters des Einzuges von Jean-Marie Le Pen in die zweite Runde ausschließen.

Andererseits bedeutet die Personalisierung der Wahl, dass Bündnisse zwischen verschiedenen Kräften nicht gerade erleichtert werden. Denn wenn sich alles auf einen Kandidaten konzentriert, wie sind dann die anderen Kräfte vertreten? Oder kann es nur einen Dritten gänzlich unabhängigen Kandidaten geben, der dann glaubwürdig die Einheit der verschiedenen linken Kräfte vertreten kann?

Die Parlamentswahlen und ihr Verfahren sind in Bezug auf mögliche Neuformierungsprozesse nicht weniger problematisch. In Frankreich existiert ein Mehrheitswahlrecht. Das heißt, dass der jeweilige Abgeordnete im zweiten Wahlgang die Mehrheit der Stimmen in seinem Wahlkreis gewinnen muss. Für die kleineren Parteien bedeutet dies eine automatische Abhängigkeit von einem Bündnis mit der Sozialistischen Partei, da diese dann in einem formalisierten Bündnis jeweils nur einen Kandidaten der Linken in die zweite Runde schicken. Andernfalls droht den kleinen Parteien das Schicksal der Grünen, die 1993, als diese ohne Bündnis mit den Sozialisten antraten und trotz eines Ergebnisses von 10,7 Prozent keinen einzigen Abgeordneten gewannen. Ähnlich übrigens wie die Front National, die über keine Abgeordneten verfügt (trotz 15-18 Prozent der Stimmen).

Ein anti-neoliberales Bündnis müsste also eine solche Dynamik entfalten, dass es in wichtigen Wahlkreisen in der ersten Runde vor den anderen Linken liegt, so dass dann die andere Kraft (also wahrscheinlich die Sozialisten) zu Gunsten dieses Bündnisses auf Kandidaturen verzichten würde. Dann müsste zusätzlich die Rechte im zweiten Wahlgang besiegt werden.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass einerseits die Niederlage der Linken am 21. April 2002 und der Erfolg der »Nein«-Kampagne die Herausbildung eines anti-neoliberalen Bündnisses – durchaus auch gegen die Sozialisten – begünstigt. Andererseits ist die Linke – auch die anti-neoliberale – anscheinend an die Sozialistische Partei gebunden, um ins Parlament einzuziehen und ihre Mandate zu sichern. Zudem produziert das Trauma des Einzuges von Jean-Marie Le Pen in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl die Erwartung, in der Wählerschaft eine/einen Kandidaten aufzustellen, der im zweiten Wahlgang die Rechte schlagen kann.

Die innerparteilichen Akteure und ihr Auftreten auf dem 33. Parteitag

Diese Fragenkomplexe sind die Grundlage, um die Debatten, Resolutionen, Konflikte und Ergebnissen des 33. Parteitages besser verstehen zu können.

Mit der oben skizzierten politischen Ausgangslage gingen die verschiedenen Strömungen der FKP auf dem Parteitag sehr unterschiedlich um.

Im öffentlichen Erscheinungsbild der FKP wurden in der Vergangenheit immer zwei Grundströmungen ausgemacht. Auf der einen Seite die Modernisierer, denen seit der Übernahme der Position des Secrétaire National durch Robert Hue 1994 die Parteiführung zugeordnet wird. Diese Strömung bezog sich positiv auf die von Robert Hue ausgerufene »Mutation«⁶, selbst wenn sie sich ihrerseits in unterschiedliche Strömungen geteilt hat.

Andererseits in die »Traditionalisten« oder »Stalinisten«, die die Mutation als Liquidierung der Partei angriffen und sich ihrerseits in unterschiedliche Strömungen unterteilten.

Diese Wahrnehmung entspricht aber nur einer medialen Vereinfachung. In Wirklichkeit ist die Lage innerhalb der Partei komplizierter. Spätestens mit diesem 33. Parteitag sind nun aber neue Konstellationen in Erscheinung getreten, die die bisherige Wahrnehmung in Frage stellen. Grob lassen sich aus meiner Perspektive vier Strömungen ausmachen: Die wohl organisierteste und am deutlichsten von allen unterscheidbare Strömung ist die »*traditionalistische*« Strömung. Sie präsentierte für den Kongress als einzige vier alternative Texte, die insgesamt auf 35 Prozent der Stimmen bei der Mitgliederbefragung kamen.

Trotz der Unterschiede und Spaltungen innerhalb dieses Lagers war diese Strömung auch die einzige, die dem Kongress eine Oppositionsliste als Alternative zur Führungsliste von Marie-George Buffet gegenüberstellte.

War das Ergebnis dieser Wahl mit etwa 8 Prozent eine deutliche Niederlage, so reflektiert es aber nicht die Stellung dieser Strömung in den Kräfteverhältnissen auf dem Parteitag.

Als Vorstoß für eine kommunistische Kandidatur und deren Proklamation auf dem 33. Parteitag erhielt der von dieser Strömung eingebrachte entsprechende Antrag etwa 35 Prozent der Stimmen. Diese Zahl entspricht zwar den Stimmen der Mitgliederbefragung, überschätzt aber wahrscheinlich das Stimmenpotenzial der Traditionalisten, da sicher auch eine Reihe von »Hueisten« aus taktischen Gründen für den Antrag stimmte. Die oppositionellen Strömungen können sicher leichter ihre Anhänger mobilisieren, als die Strömung, die einfach dem Leitantrag der Mehrheit zustimmt.

Verankert ist diese Strömung in den historischen Hochburgen der FKP, beispielsweise in den Regionen Nord und Pas de Calais mit seinen von Minen und der Schwerindustrie geprägten Städten wie Calais oder Lille, aber auch in dem Departement Marne und in dem »roten Gürtel«, der Industrie- und Arbeiterkonzentration um Paris.

Dazu kommt eine nicht unbeträchtliche Anzahl von betrieblichen Aktivistinnen und Aktivisten, entweder aus den verbleibenden Betriebszellen der FKP oder von den aktiven Mitgliedern der CGT.

Diese Strömung ist einerseits durch ihre Verankerung in der klassischen industriellen Arbeiterklasse gekennzeichnet, selbst wenn diese gerade auch in den Herkunftsdepartements durch eine tiefe strukturelle Krise gezeichnet ist.

Die Strömung vertritt im Guten wie im Schlechten das »ouvriéristische«⁷ Erbe der FKP. Die FKP konnte lange Zeit ihren Anspruch, die »Partei der Arbeiterklasse« zu sein, durchaus glaubhaft untermauern. 1978 – allgemein als Höhepunkt der Entwicklung der FKP aner-

6 Mit diesem Begriff bezeichnete Robert Hue sein Projekt der grundlegenden Veränderung der FKP nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Unter dieser Losung fand sowohl die Kritik der Sowjetunion und des Stalinismus, als auch eine weitaus ambivalenter Revision des ideologischen Erbes der FKP als »Partei der Arbeiterklasse« statt.

7 Die mögliche deutsche Übersetzung »Arbeitertümelei« scheint mir dem Begriff eine Note der Lächerlichkeit sektiererischer Kleingruppen zu geben, der dem historischen (Massen)-Phänomen der FKP in Frankreich nicht gerecht wird. Deswegen verwende ich den französischen Begriff.

8 Die FKP hat übrigens auch in anderen Bereichen eine signifikant repräsentativere Mitgliedschaft als andere Parteien. So stieg beispielsweise der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft von 1979 35 Prozent auf 1998 39,8 Prozent. Die Grünen hingegen, mit einem ganz anderen Image ausgestattet, hatten 1998 nur einen Frauenanteil von 31 Prozent, die Sozialisten von 26 Prozent. Noch eklatanter ist diese Entwicklung bei der Jugend. Während 1979 24 Prozent der FKP-Mitglieder unter 30 Jahren waren, waren dies 1997 nur noch 10 Prozent. Bei den Grünen hingegen ist der Anteil der Mitglieder unter 30 Jahren von 1988 bis 1998 von 24 auf 6 Prozent gesunken. Bei den Sozialisten desgleichen von 7 Prozent 1985 auf 5 Prozent 1998. Dort ist sogar der Anteil der Mitglieder zwischen 30 und 39 Jahren innerhalb von 13 Jahren von 26 Prozent auf 9 Prozent gefallen.

kannt – gewann die Partei 39 Prozent aller Arbeiterstimmen in Frankreich – fast doppelt so viel wie das eigentliche Wahlergebnis (20 Prozent). Selbst 1997 nach 20 Jahren Niedergang verzeichnete die FKP mit 15 Prozent unter Arbeitern noch ein überdurchschnittliches Ergebnis im Verhältnis zum Gesamtergebnis. Das Gleiche betrifft die Mitgliedschaft. Während 1979 die Arbeiter mit 46,5 Prozent die größte und wichtigste Gruppe ausmachten, so waren sie 1997 mit nur noch 31 Prozent nahe an ihrer Präsenz in der Gesamtbevölkerung (28 Prozent). Damit sind die Arbeiter aber in der FKP im Vergleich zu allen anderen politischen Formationen immer noch am besten repräsentiert.⁸

In dieser Arbeiterbasis ist die Ablehnung der »Mutation«, also der Modernisierung, größer als im Rest der Partei. Diese Ablehnung speist sich aus unterschiedlichen Quellen. Einerseits war es dieser Flügel, der als erstes die Opposition gegen die Privatisierung durch die Regierung unter Beteiligung der Kommunisten ausdrückt und organisiert – beispielsweise gegen den Verkauf von Aktien der Air France als Schritt zur Privatisierung unter einem kommunistischen Transportminister.

Dieser Flügel war es andererseits aber auch, dem die Abrechnung mit dem Stalinismus – also die Aufarbeitung der Geschichte der Sowjetunion ebenso wie der dunkleren Seiten der FKP-Geschichte – zu weit geht.

Zusätzlich werden in diesem Flügel die Öffnungen gegenüber den sozialen Bewegungen und ihren politischen Positionen, z. B. in der Drogenpolitik kritisch beäugt – weshalb die Charakterisierung dieses Flügels als ungebrochen »linke« Opposition meines Erachtens keinen Sinn macht.

Dabei bezieht sich auch dieser Flügel auf den Erfolg bei dem Referendum gegen die EU-Verfassung am 29. Mai 2005. Allerdings betonen sie dabei vor allem die Rolle der FKP selbst. Dies ist auch deswegen erklärlich, da in ihren Hochburgen die Partei die Kampagne alleine führte – ohne dabei auf Bündnisse oder »Nein«-Kollektive zurückzugreifen oder diese zu gründen.

Besonders bezeichnend war ein Beitrag eines Vertreters aus dem Pas-de-Calais in dem er erklärte, dort gäbe es keine Anti-Globalisierungs-Bewegung, keine nennenswerten »Nein«-Kollektive und keine LCR. Sollte er diese etwa aufbauen, um dann Kooperationspartner zu haben, fragte er rhetorisch.

Ein zweiter Bezugspunkt der Beiträge aus dieser Strömung war die eindringliche Warnung, erneut in ein Bündnis mit den Sozialisten gezogen zu werden. Sie konnten dabei eindrucksvoll schildern, wie die Enttäuschung über die Regierungsbeteiligung in ihren Wahlkreisen zur Schwächung der KP und zum Aufstieg des Front National beigetragen habe. Das Ziel, die »Arbeiter-Stimmen« der Front National wieder zu gewinnen, war dabei ein wichtiges Thema der Redebeiträge.

In der strategischen Debatte lavierten die Rednerinnen und Redner aus diesem Flügel zwischen einer Einschätzung großer Stärke von Seiten der FKP einerseits und der Erklärung, dass wenn es sein muss, »Kommunisten auch bereit sein müssten, einen langen Marsch durch die Wüste durchzustehen«. Diese Widersprüchlichkeit aus Überschät-

zung der unabhängigen, eigenen Kraft der FKP und der Unterschätzung bis Geringschätzung der Kräfte außerhalb der FKP – also der Globalisierungskritiker, der Jugend etc. – war auch ein wesentlicher Angriffspunkt gegen diese Strömung.

Eine ebenfalls gut organisierte Strömung sind die »*Refondateurs*«, die »Neugründer«. Auch diese traten organisiert auf dem Kongress auf – allerdings ohne eine eigene Liste aufzustellen, da sie sich in der Liste von Marie-George Buffet aufgehoben fühlten.

Entstanden ist diese Strömung 1989 im Zuge des Zusammenbruches des Ostblockes. Laut Roger Martelli, einem der heutigen öffentlichen Vertreter dieser Strömung, ist sie die erste Oppositionsströmung, die innerhalb der Partei geblieben ist – bzw. nicht ausgeschlossen wurde.

Diese Strömung bezieht ihre strategischen und politischen Bezugspunkte aus dem Eurokommunismus. Zwar war auch George Marchais als damaliger Generalsekretär der FKP an dessen Proklamation 1977 beteiligt, doch durch eine Wendung hin zur UdSSR Ende der 70er Jahre wurde dieser wieder zurückgedrängt – was sich unter anderem in der Rechtfertigung der Niederschlagung der Gewerkschaft *Solidarność* in Polen ausdrückte. Der Eurokommunismus hat sich niemals richtig in der FKP durchgesetzt.

Der Eurokommunismus und die Strömung der *Refondateurs* sind dabei sehr ambivalent. Ihnen wird von den Traditionalisten der größte Verrat sowohl am kommunistischen Erbe als auch an deren Werkzeug, der Partei, vorgeworfen. In beiden Fällen wird diese Strömung des Liquidatorentums beschuldigt.

Und tatsächlich sind die Entwicklungspfade dieser Strömung ambivalent. So war für einen Großteil der eurokommunistischen Vertreter in Italien der Eurokommunismus nur die Durchgangsstation zu einer Auflösung der IKP nach dem Zusammenbruch des Ostblockes. Und auch die Strömung der *Refondateurs* hat entsprechende Karrieren vorzuweisen. Von den drei bekanntesten Gründerfiguren – allesamt ehemalige Minister der Mitterrandregierung – ist heute keiner mehr in der FKP. Eine der bekanntesten Figuren, Charles Fitterman, ist sogar zu den Sozialisten übergelaufen und heute ein einfacher Abgeordneter dieser Partei.

Aber auch hier ist Vorsicht geboten. Denn diese Strömung einfach auf dem »rechten« Parteiflügel zu verorten, wäre falsch.

Richtig ist, dass diese Strömung wichtige traditionelle, inhaltliche Grundsätze und politisch-organisatorische Traditionen der FKP in Frage stellt.

Dazu zählen die »führende Rolle der Arbeiterklasse« und der »Führungsanspruch der FKP in der Arbeiterklasse«. Dazu zählt aber auch beispielsweise das Staatsverständnis der alten FKP, in der es darum ging, die Macht (revolutionär oder über den Wahlzettel) zu erobern und dann den Sozialismus von oben herab einzuführen.

Auch hier sind die Schlussfolgerungen widersprüchlich. So kann beispielsweise die Kritik am Etatismus, einer staatsfixierten politischen Strategie dazu führen, den Aspekt der Selbstemanzipation wieder hervorzuheben und dem staatszentrierten Politikmodell ein auf gesellschaftliche Gegenmacht orientiertes Modell entgegenzusetzen. Die Kritik am Etatismus der alten FKP kann aber auch dazu führen, der

Praxis der Verwaltung kapitalistischer Verhältnisse in der Regierung einen progressiveren, partizipativeren Anstrich zu verpassen – bzw. sogar den Weg zu Konzepten von Privatisierung eröffnen.

Das Gleiche gilt für die Suche nach dem Subjekt. Wird die Arbeiterklasse von dem mythologischen Sockel gestoßen, kann daraus eine im Namen der Zivilgesellschaft verantwortete Verabschiedung von Klassenwidersprüchen resultieren, die ideologisch störungsfreies Regieren ermöglicht, oder es kann den Blick für neue gesellschaftliche Bündnisse und Neustrukturierungen von Klassen schärfen.

Beide Entwicklungspfade finden sich bei den Refondateurs. So war, wie beschrieben, für einen ihrer Gründer tatsächlich der Weg zu der Sozialdemokratisierung konsequent und führte zum Übertritt zu den Sozialisten. Ebenso war die Kritik an verstaubten Traditionen sicher auch ein Einstieg in die Diskussion um progressive Entstaatlichung, also die ideologische Begleitmusik für beispielsweise den Verkauf der Air-France-Aktien unter einem kommunistischen Transportminister.

Gleichzeitig muss man dieser Strömung aber auch zu Gute halten, dass sie sich in ihrer Mehrheit anders entwickelt hat. So wird der Konflikt um die Privatisierung in der Regierung der pluralen Linken als ein Schlüsselpunkt wahrgenommen, der dazu führte, sich von der Strömung der *Hueisten* abzusetzen. Anders als diese wollten sie eben keine Privatisierung verantworten und insofern haben sie eben den Ausverkauf kommunistischer Grundlagen in ihrer Mehrheit nicht mitgemacht.

Wichtiger ist aber wohl, dass diese Strömung, da sie »auf der Suche« nach einem gesellschaftlichen Subjekt war, wohl am ehesten die globalisierungskritische Bewegung und deren neue Bündnis-systeme wahrgenommen und ihnen eine strategische Bedeutung zugeordnet hat.

So war es diese Strömung, die schon früh das Thema »Globalisierung« entdeckte und sich bereits an dem ersten Weltsozialforum in Porto Allegre beteiligte.

Es war ebenfalls diese Strömung, die auf eine Zusammenarbeit mit Attac drängte und das Europäische Sozialforum (ESF) in Paris als zentrale Möglichkeit wahrnahm.

Schließlich war es diese Strömung, die aus den Netzwerken des ESF heraus an der Ausarbeitung des Appells der 200 mitarbeitete, der die Kampagne gegen die EU-Verfassung überhaupt erst möglich machte.

In dem Maße, wie diese Öffnung forciert wurde, musste diese Strömung auch in Widerspruch zu der Wahlstrategie des Bündnisses mit der Sozialdemokratie geraten. Denn das Bündnis mit und die Öffnung zur globalisierungskritischen Bewegung bedeuteten politisch die Wahrnehmung einer neuen Demarkationslinie zwischen neoliberaler und anti-neoliberaler Politik. Ein Bündnis mit der globalisierungskritischen Bewegung lief also darauf hinaus, wenn es nicht nur als ideologische Ressource, sondern als konkreter Ausgangspunkt einer politischen Neuformierung gesehen wurde, in Widerspruch zu der Bündnisstrategie mit der Sozialistischen Partei und damit zu vielen Mandatsträgern innerhalb der Partei zu geraten, die in der unbedingten Fortführung dieses Bündnisses ihre einzige Überlebenschance sehen.

Der erste Test für diese Strategie war die Liste »Alternatives Citoyennes« (alternative Staatsbürger). Tatsächlich war es unter anderem auf die Initiative dieses Flügels zurückzuführen, dass die FKP erstmals bei den Regionalwahlen 2004 die Initiative für eine offene globalisierungskritisch beeinflusste Liste in Paris und in Ile de France (Großraum Paris) ergriff – ein Bereich, wo über das ESF in Paris besonders intensive Verbindungen zu sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen aufgebaut wurden. Die guten Ergebnisse dieser Liste – 7,8 Prozent in der Ile de France und 5,6 Prozent in Paris selbst – galten als ein erster Test für breitere Wahlallianzen. Diese Herangehensweise verhinderte auch nicht, dass es in der zweiten Runde der Wahlen eine Absprache mit den Sozialisten gab, um die Rechte gemeinsam zu schlagen. Allerdings fanden die Verhandlungen zu dieser erst zwischen den zwei Runden statt. Sonst hätten die Kommunisten immer schon auf einer gemeinsamen Liste mit den Sozialisten kandidiert.

Die Refondateurs sind dementsprechend auch die Kraft, die am stärksten auf eine Einheitskandidatur bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007 drängen. Sie waren es, die schon während der »Nein«-Kampagne die Möglichkeit einer anti-neoliberalen Einheitskandidatur aufwarfen. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet diese Strömung sowohl innerhalb der Partei, als auch außerhalb. Ähnlich wie der Appell der 200 gibt es auch jetzt einen Appell für eine anti-neoliberale Einheitskandidatur.⁹ Eine Homepage wurde eingerichtet und es wurden bereits über 6 000 Unterschriften (Stand Ende Mai) für eine solche Initiative gesammelt. Natürlich ist es nicht allein die Strömung der Refondateurs, die an dieser Initiative arbeitet, aber sie haben an deren Zustandekommen einen wichtigen Anteil.

Die *Hueisten* werden zwar einerseits allgemein als Strömung wahrgenommen und als solche bezeichnet – sowohl innerhalb der Partei, als auch außerhalb. Ihnen werden immerhin rund 25 Prozent der Delegierten und mindestens ein ebenso hoher Anteil im Apparat der Partei zugerechnet. Andererseits traten sie aber weder offen auf dem Parteitag noch in der Öffentlichkeit auf.

Das hat seine Gründe: Anders als der Rest der Partei ziehen sie keine oder kaum eine kritische Bilanz der Regierungszeit unter der pluralen Linken. Besonders stark unter den Mandatsträgern, die von einem Bündnis mit den Sozialisten abhängen, empfindet dieser Flügel eine überzogene Kritik an der pluralen Linken als Hindernis für die zukünftige Zusammenarbeit mit den Sozialisten und als gefährliches Hochschrauben der Erwartungen gegenüber einer solchen Regierung.

Diese Haltung überträgt sich auch auf die Bündnispolitik mit den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen – insbesondere gegenüber der Kampagne des »Nein«. Die Öffnung gegenüber diesen Bewegungen wird als Schwenk in den »Gauchismus« (Linkstümelei) angegriffen. Die sozialen Bewegungen seien undefinierbar, inhaltlich unbestimmt und von der »extremen Linken« unterwandert, bzw. beeinflusst.

Am Ende komme man doch um ein Regierungsbündnis mit den Sozialisten nicht herum, denn nur in einer solchen Regierung ließen sich Veränderungen durchsetzen.

9 www.alternativeunitaire2007.org/.

Angesichts dieser Positionen versteht sich die Schweigsamkeit auf dem Parteitag und in der Öffentlichkeit. Offen ausgesprochen würden diese Positionen Empörung hervorrufen. Und so schweigen die öffentlichen Vertreter diese Strömung lieber. Auch Robert Hue, immerhin ehemaliger *Sécretaire National* und einer der bekanntesten medialen Figuren, hat keinen einzigen Redebeitrag auf dem viertägigen Kongress gehalten.

Allerdings gibt es einige wenige Gelegenheiten, wo dieses Schweigen gebrochen wurde und die Ansichten dieses Flügels offensichtlich wurden. So schrieb beispielsweise Bernard Frederick, der klar zum Flügel der Hueisten gerechnet wird, kurz vor der Abstimmung über die EU-Verfassung einen sehr denkwürdigen Artikel: »Referendum, la gauche la plus bête du monde« (Referendum. Die dümmste Linke der Welt).¹⁰

10 Liberation, 11. April 2005 »Referendum, La gauche la plus bête du monde« <http://www.liberation.fr/page.php?Article=288664>.

In diesem bemerkenswerten Artikel werden wesentliche Positionen des Flügels offenbar. So wird die Kampagne gegen die EU-Verfassung abgelehnt. Sie wird als geschicktes Spaltungsmanöver von Seiten Chiracs dargestellt, der damit die Linke in Bedrängnis bringt. Entscheidend ist aber, dass an dem Regierungsbündnis mit den Sozialisten kein Zweifel gelassen wird und die Kampagne gegen die EU-Verfassung verunglimpft wird. Diese sei eine linksradikale Veranstaltung und würde die FKP zur Geisel der extremen Linken machen. Damit wird die Unterscheidung zwischen neoliberaler Politik und anti-neoliberaler Politik komplett fallen gelassen zugunsten einer inhaltlich nicht näher definierten Mehrheits- und Bündnisperspektive mit den Sozialisten. Um diese Perspektive zu rechtfertigen, muss notwendigerweise die anti-neoliberale Sammlungsbewegung klein geredet werden.

Ein solcher Artikel wenige Wochen vor dem größten Erfolg der anti-neoliberalen Linken hat dieser Strömung schwer geschadet. Denn ganz im Gegenteil zu der Perspektive von Frederick Bertrand ist es der anti-neoliberalen, radikalen Linken erstmals gelungen, in einer grundlegenden Frage eine Mehrheit der Bevölkerung und eine beachtliche Mehrheit der Wähler und Mitglieder der Sozialistischen Partei und der Grünen zu gewinnen. Das ist umso bedeutender, da die Führungen dieser Parteien im Verbund mit der überwältigenden Mehrheit der Medien für das »Ja« kämpften.

Aus der Perspektive der Hueisten ist das aber nur eine Ablenkung von dem eigentlich entscheidenden Bündnis mit den Sozialisten. Die Öffnung gegenüber der Bewegung und sogar der extremen Linken, symbolisiert in der sehr erfolgreichen gemeinsamen Kampagne mit der trotzkistischen LCR und großen Veranstaltungen mit der Marie-George Buffet und Olivier Besancenot, kann aus der Sicht der Hueisten nur ein gefährlicher Irrweg sein.

Und doch schweigt diese Strömung in der aktuellen innerparteilichen Auseinandersetzung. Wieso?

Einerseits weil sie sich richtigerweise in der Minderheit wähnt und befürchten müsste, wichtige Positionen innerhalb der Partei zu verlieren.

Andererseits hofft diese Strömung darauf, dass die Kräftekonstellation bei den Parlamentswahlen gar keine andere Wahl zulässt, als sich wieder auf ein Bündnis mit den Sozialisten einzulassen. Deswegen wartet diese Strömung ab und versucht derweil, hinter den Kulissen

Schritte hin zu einem anti-neoliberalen Bündnis zu verhindern. Denn die Hueisten wären sicher die großen Verlierer eines solchen Bündnisses. Hatten sie dieses immer – mehr oder weniger offen – bekämpft, so wären es insbesondere ihre Kandidaten, z. B. in der Nationalversammlung, die darum fürchten müssten, dass ihre Sitze den Bündnis-kandidaten z. B. der LCR oder anderen globalisierungskritischen Kandidaten geopfert werden würden. Bisher sind diese Kandidaten zusätzlich dadurch geschützt, dass sie als Amtsinhaber um ihre Wiederwahl kämpfen. Die Schaffung eines neuen anti-neoliberalen Bündnisses würde aber die Perspektive eröffnen, auch bestehende Kandidaten durch jüngere zu ersetzen, da die Chance steigt, bei den Wahlen erfolgreich zu sein.

Selbst wenn aber das Wahlbündnis zustande kommen würde, könnten die Hueisten auf den Wahlausgang selbst hoffen. Was wäre denn beispielsweise, wenn es an den kommunistischen (oder anti-neoliberalen) Abgeordneten läge, ob eine rechte oder eine sozialistische Regierung zustande käme? In einem solchen Fall könnten dann die Hueisten die Gunst der Stunde nutzen und die Erwartung der Wählerschaft, eine rechte Regierung zu verhindern, um das angestrebte Bündnis mit den Sozialisten wieder zu installieren.

Die »Buffetisten« bilden eine Mehrheit, aber sie sind im eigentlichen Sinne keine Strömung. Offiziell gibt es ja in der FKP gar keine Strömungen. Zwar sind die Refondateurs und auch die Traditionalisten mittlerweile auch durch Publikationen und gesonderte Veranstaltungen kenntlich. Bis auf die Traditionalisten, die erstmals eine Oppositionsliste aufstellten, sind auch alle Strömungen in der Liste für den Conseil National von Marie-George Buffet aufgehoben.

Tatsächlich ist die Führung um Marie-George Buffet schwer einzuordnen. Zwar ist die Abgrenzung zu den Traditionalisten klar, beispielsweise als Marie-George Buffet auf dem Kongress erneut sehr deutlich die Verbrechen der stalinistischen Regime angriff und betonte, es hätte nach der Veröffentlichung der Geheimprotokolle durch Chruschtschow auch alternative Wege geben können – was eine Kritik des Umganges der FKP mit den Geheimprotokollen darstellt, die diese lange nicht veröffentlicht hatte.¹¹

In Bezug auf andere Fragen bleibt Marie-George Buffet schwieriger einzuordnen. Anders als die Hueisten sieht sie die Regierungsbeteiligung unter der pluralen Linken sehr kritisch und warnt dementsprechend vor einer Wiederholung der Katastrophe der »Alternance«, womit die Ablösung der jeweils gerade im Amt befindlichen Regierung gemeint ist, worin sich in schöner Regelmäßigkeit die Unzufriedenheit der Wählerschaft ausdrückt.

In ihrer Anfangs- und in ihrer Abschlussrede hat sie jeweils viel Zeit darauf verwendet zu erklären, weshalb die Linke diesmal nicht enttäuschen darf. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen war dann die erfolgreiche Kampagne des 29. Mai. Man müsse »den Wind des 29. Mai kräftig über das politische Leben blasen«. In der Kampagne des 29. Mai sieht Marie-George Buffet eine neuartige Einheit der Linken entstehen. Eine »union populaire« (Volksunion) – ein Begriff, der an die »Union de gauche« (Union der Linken) in den 60/70er Jahren zwischen Sozialisten und Kommunisten und an die »front populaire« (Volksfront) in den 30er Jahren anknüpft – hätte sich dort konkret in

11 »Ich möchte auf diesem Punkt bestehen: Es ist nun 50 Jahre her, dass in der Sowjetunion der Bericht von Chruschtschow gehalten wurde, der eine erste Kritik des Systems beinhaltete. Ein Bericht, der dort in seiner Wirkung erstickt und bei uns von der Parteiführung verschwiegen wurde. ›Wenn es dieses Schweigen nicht gegeben hätte‹, habe ich in der Humanité vom 24. Februar geschrieben, ›dann hätte es ohne Zweifel die Möglichkeit gegeben, andere Wege zu eröffnen‹. Einige Monate später wurde in Budapest allerdings der Veränderungswille platt gewalzt. Und unsere Ideale wurden in der Folge weiter von Tragödien beschmutzt, die zu ihrer Negation führten. Wir schauen dieser Geschichte ins Gesicht. Sie ist eine offene Wunde, die sich niemals schließen wird. Für uns kann dies nicht den Kommunismus darstellen.« (Buffet in der Eröffnungsrede für den Kongress, meine Übersetzung).

einer gemeinsamen Kampagne von Tausenden von Aktivistinnen und Aktivisten gebildet und nicht durch die Generalstäbe von Parteien. Diese Einheit gelte es fortzusetzen und in eine politische Einheit zu verwandeln. Dafür hat Marie-George Buffet zwei wesentliche Dinge vorgeschlagen – und der 33. Parteitag ist ihr dabei gefolgt. *Erstens* soll die FKP über ihre Kandidatur erst im November entscheiden und dafür eine anti-neoliberale Einheitskandidatur vorschlagen, wofür sie allerdings eine Liste der Kommunisten am geeignetsten hält. *Zweitens* wird Marie-George Buffet alle Kräfte des »Nein« am 29. Mai zu einer gemeinsamen Veranstaltung einladen, um die Möglichkeit einer Kandidatur zu erörtern.

Aber auch hier ist Marie-George Buffet ambivalent. Denn ebenso wie sie die Dynamik des 29. Mai betont, so versucht sie, die Tür zu den Sozialisten nicht gänzlich zu zuschlagen. So machte sie in der Rede auf dem Parteitag deutlich, dass das Konzept, dass es »zwei Linke« gäbe – eine sozialliberale und eine anti-neoliberale – die unvereinbar seien, nicht zuträfe.

Schon direkt einen Tag nach dem Referendum hatte Buffet erklärt, man müsse die »Ja-Linke« und die »Nein-Linke« auch wieder miteinander vereinen können. In Abgrenzung von den Positionen der LCR und auch ihrer eigenen Traditionalisten hob sie hervor, dass es nicht um eine »candidature de temoinage« (einer Kandidatur, um Zeugnis abzulegen) gehen würde, sondern darum, etwas konkret für die Menschen zu verbessern.

Gleichzeitig hat sie in ihren Reden die Sozialisten scharf für ihre Anpassung an die neoliberale Politik angegriffen – die die Sammlung der Linken zu ihren Bedingungen betreiben wollten.

Wie ist diese Position einzuordnen?

Wie kann die FKP gleichzeitig die Formierung eines anti-neoliberalen Bündnisses vorschlagen und betreiben und andererseits das Bündnis mit den Sozialisten suchen? Handelt es sich um ein unausweichliches Dilemma? Oder ist es möglich, den Druck einer anti-neoliberalen Formierung in eine von den Sozialisten geführte Regierung zu übersetzen? Oder ist die Forderung nach einer Formierung der anti-neoliberalen Linken nur ein Vorwand, um die eigene Ausgangsposition in einer Regierungs- und Bündnisbildung mit den Sozialisten zu verbessern?

Die Antworten auf diese Fragen können zu diesem Zeitpunkt kaum gegeben werden. Fest steht, dass die FKP durch die Vertagung der Entscheidung über die Art der Kandidatur und ihren Appell für eine Einheitskandidatur der Linken das Tor für letztere aufgestoßen hat. Damit hat sie sich in eine gute Ausgangsposition gebracht. Sie hat mit ihrer Entscheidung auf dem Parteitag die anderen Kräfte einer möglichen Neuformierung in Zugzwang versetzt.

Insbesondere die LCR steht unter Druck, da sie ihre Entscheidung auf einem nationalen Kongress im Juni treffen möchte.

Die Situation ist deswegen kompliziert, weil die FKP anders als die LCR auf Zeit spielen kann. Will eine Partei einen Präsidentschaftskandidaten aufstellen, so muss sie 500 Unterschriften sammeln – und zwar von Abgeordneten oder Bürgermeistern. Für die FKP stellt dies kein Problem dar, da sie alleine über diese Anzahl Abgeordnete und Bürgermeister verfügt. Für die LCR hingegen ist die Sammlung der

500 Unterschriften ein enormer Kraftakt, der vor allem auch Zeit brauchen würde.

Spielt die FKP also nur auf Zeit, um am Ende doch mit der Sozialistischen Partei in ein klassisches Regierungsbündnis einzuschwenken? Oder ist dies tatsächlich der Einstieg in einen historischen Neuformierungsprozess der französischen radikalen Linken?

Andere Akteure der politischen Neuformierung in Frankreich

In der Koalition der »Nein«-Kampagne engagierten sich die unterschiedlichsten Organisationen und viele einzelne Aktive. Mit über 1 000 aktiven Kollektiven im ganzen Land wird die Dynamik von manchen Beteiligten größer eingeschätzt als beispielsweise die Kampagne für die Präsidentschaftswahl von François Mitterrand oder die Mobilisierungen um den Mai 68.

Schafft es die französische Linke, aus dieser Einheit im »Nein« eine politische Neuformierung auf den Weg zu bringen?

Die FKP hat dafür ein Zeitfenster bis zum Oktober/November eröffnet und mit ihrem Appell die anderen Kräfte des »Nein« unter Zugzwang gesetzt.

Wer sind diese? Und wie stehen sie zu der Neuformierung? Ein kurzer Überblick.

Zunächst zu den *»Nein«-Sagern bei den Sozialisten*. Eigentlich hatte die Sozialistische Partei, nachdem viel über eine Spaltung der Partei im Anschluss an den Erfolg des »Nein« und den Ausschluss der Anhänger von Laurent Fabius aus dem nationalen Führungsgremium der Sozialisten gesprochen worden war, mit ihrem Kongress im November einen wichtigen Befreiungsschlag erreicht. Alle innerparteilichen Oppositionsströmungen (Marc Dolez und seine »Nein«-Strömung aus dem Norden, Henri Emanuelli, Laurent Fabius, Gerard Filoche und auch Jean-Luc Mélenchon¹²) hatten sich wieder hinter der Führung vereinigt.

Vielleicht trägt aber der mediale Schein der Einheit – zumindest in Bezug auf die Strömung von Jean-Luc Mélenchon.

Diese hat sich in einem eigenen Verein organisiert, der am 8./9. April seine erste nationale Konferenz abhielt. Dies hat offensichtlich eine gewisse Ähnlichkeit zu der Gründung der »Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit« in der SPD, selbst wenn es in der Sozialistischen Partei eine längere Tradition für stark organisierte Strömungen gibt.

Wichtig ist dementsprechend wohl eher das politische Resultat der Konferenz. In seiner zentralen Rede auf dem Kongress sprach Mélenchon in Bezug auf die Entscheidung der FKP für eine anti-neoliberale Sammlungskandidatur von einer »historischen Entscheidung« und ruft zu der Formierung einer »union dans l'union« (eine Union in der Union) auf, die innerhalb eines linken Regierungsbündnisses die Kräfte der »rupture«, des Bruches mit dem Kapitalismus sammelt.

Bedeutender ist aber, dass er auf dem Kongress einen Bruchpunkt mit den Sozialisten benannt hat. Sollten die Sozialisten Ségolène Royal aufstellen, die das »Nein« nicht respektieren wolle und auf eine neoliberale Politik festgelegt sei, so würde dies die Strömung nicht akzeptieren.

Angesichts dessen war der groß inszenierte gemeinsame Auftritt von Marie-George Buffet und Jean-Luc Mélenchon bedeutend und

12 Die Strömung hat eine eigene Homepage, auf der auch die Berichte über das erste Delegiertentreffen einsehbar sind: <http://www.pourlarepubliquesociale.org>.

eröffnet die Möglichkeit, dass ein Teil der Sozialisten sich einer anti-neoliberalen Sammlungsbewegung anschließen könnte.

Die *Kollektive des 29. Mai* waren der Kern der Volksmobilisierung, der den Erfolg bei dem Referendum erst ermöglichte. Auf dem Höhepunkt der Kampagne gab es davon über 1 000 – heute sind davon noch immer schätzungsweise 400 aktiv.

Insbesondere die Mobilisierung gegen die Bolkestein-Richtlinie wurde von diesen Kollektiven getragen. In ihrer Zusammensetzung auch regional sehr unterschiedlich, haben sich die Kollektive seit dem Referendum bereits drei Mal zu einem nationalen Treffen getroffen. Ziel des letzten Treffens am 13. Mai war es, eine anti-neoliberale Charta zu verabschieden. Diese ist als programmatisches Dokument gedacht, um das Nein gegenüber der Verfassung durch eine selbstständig erarbeitete Zukunftsvision zu ersetzen.

Gleichzeitig ist in den Kollektiven der Wunsch nach einer einheitlichen Kandidatur sehr stark und die Kollektive haben in ihrer Erklärung angedeutet, dass sie die Erarbeitung und Verabschiedung der Charta eben auch als eine politische Intervention für die Wahlen 2007 sehen wollen. Ebenfalls aus diesem Kreis stammt der erste unabhängige Appell für eine »Einheits«-Kandidatur, der bereits von über 6 000 Menschen (Stand Ende Mai) unterzeichnet wurde.

Während in Deutschland ja bekanntermaßen wichtige Gewerkschaftsaktivisten ein Ausgangspunkt für die Gründung der WASG waren, so sind die *Gewerkschaften in Frankreich* bis jetzt in Bezug auf diesen Prozess recht passiv.

Das hängt einerseits damit zusammen, dass die Gewerkschaften – insbesondere die größte, die CGT – lange um ihre Unabhängigkeit von der Parteipolitik kämpfen mussten. Dementsprechend ist ein direktes parteipolitisches Engagement, bzw. das Engagement für eine politische Neuformierung schwierig.

Allerdings gibt es hier auch Ausnahmen. Beispielsweise hat sich der Gewerkschafter Claude Debons sowohl bei der Schaffung der 29. Mai-Kollektive, als auch bei der jetzigen Kampagne für eine Einheits-Kandidatur in eine wichtige Rolle gebracht. Dabei handelt es sich aber bezeichnenderweise um einen Gewerkschafter, der 1995 wegen der Unterstützung der CFDT für die Reformen der Juppé-Regierung aus der Gewerkschaft ausgetreten war und sich seitdem dem Aufbau außerparlamentarischer Bewegungen gewidmet hatte.

Bei der Abstimmung über die EU-Verfassung waren die Wähler der *Grünen* mit 64 Prozent für das »Nein« die Mehrheit und verweigerten damit der Führung ihrer Partei noch deutlicher die Gefolgschaft als die der Sozialistischen Partei. Allerdings gibt es bei den Grünen weniger stark herausgebildete Strömungen und potenzielle Führungspersönlichkeiten des »Nein«, die zu Akteuren in einem anti-neoliberalen Neuformierungsprozess werden könnten.

Sollte sich allerdings eine Neuformierung des anti-neoliberalen Lagers vollziehen, so würden sich sicher viele Grünen-Wähler und -Mitglieder dieser anschließen, da insgesamt die Neigung zur Wiederwahl bei diesen Wählern – anders als beispielsweise bei den Stammwählern der Grünen in Deutschland – weit schwächer ausgeprägt ist.

Immerhin könnte der Abgeordnete Yves Wehring, der auch den Kongress der FKP besuchte, und sich sowohl in der »Nein«-Kam-

pagne als auch in den globalisierungskritischen Mobilisierungen stark engagiert hatte, ein politischer Vertreter einer Strömung zur Neuformierung bei den Grünen werden.

Der wohl wichtigste Partner für die FKP bei einer eventuellen Neuformierung der Linken ist die *Ligue Communiste Révolutionnaire* (LCR). Zwar ist diese im Verhältnis zur FKP eine kleine Organisation. Die LCR hat etwa 3 000 Mitglieder, während die FKP etwa 135 000 Mitglieder zählt. Andererseits wäre es verfehlt, die Mitgliederzahl als den alleinigen Ausdruck der Bedeutung der LCR anzusehen. Die LCR ist in den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen wie beispielsweise Attac und in der Jugend gut verankert.

Außerdem bedeutet auch die Tradition einer Kaderpartei, aus der die LCR stammt, dass die Mitgliederzahl nicht so große Bedeutung hat als beispielsweise bei der FKP, wo es noch immer ganze Generationen gibt, die »automatisch« in die Partei hineinwachsen.

Dazu kommt, dass die LCR trotz ihrer Größe mit Olivier Besancenot einen enorm populären Politiker als öffentlichkeitswirksamen Kopf besitzt. Besancenot ist der einzige junge Politiker in einer extrem überalterten Politikergeneration. Er ist gut befreundet mit prominenten Rappern und vermeidet durch sein Image als »einfacher« Postbote die Ausgrenzung als abgehoben-intellektueller, revolutionärer Luftschlossfürst. In den Umfragen steht er zurzeit bei 4-6 Prozent und damit vor den Umfragen für Marie-George Buffet (3-4 Prozent).

Die Debatte innerhalb der LCR ist sehr kompliziert und umfangreich. Zum letzten Parteitag der LCR im Januar standen den Mitgliedern fünf politische Plattformen zur Auswahl, die allesamt zu allen Themen Stellung bezogen.¹³ Hier kann es deswegen nur darum gehen, wesentliche Diskussionsstränge und Strömungen kurz darzustellen.

Das wichtigste Resultat des 16. Kongresses der LCR war die Entscheidung, über die Kandidatur der LCR zu den Präsidentschaftswahlen 2007 nicht im Januar, sondern erst im Juni zu entscheiden. Das ist deswegen signifikant, da die Mehrheit der Führung der LCR, die in der Plattform 1 organisiert ist, eigentlich auf dem Kongress im Januar die Kandidatur von Olivier Besancenot beschließen lassen wollte. Dafür bekam sie aber nur 48 Prozent.

Grob lassen sich zwei Grundströmungen unterscheiden. Auf der einen Seite steht die Mehrheitsplattform und zwei kleine Minderheitsplattformen (Plattform 1: 48 Prozent, Plattform 2: 12,1 Prozent und Plattform 5: 4,3 Prozent), die eine Perspektive einer Neuformierung mit der FKP sehr skeptisch beurteilen und fürchten, in eine Neuaufgabe einer Regierungskoalition gezogen zu werden. Demgegenüber stehen zwei Minderheitenplattformen, die zusammen etwa 35 Prozent erreicht haben (Plattform 3: 26,1 und Plattform 4: 8,9 Prozent), die stärker die Chancen einer politischen Neuformierung betonen.

Alle politischen Strömungen innerhalb der LCR beziehen sich auf den Erfolg des 29. Mai und wünschen sich eine Fortführung dieser politischen Dynamik. Hatte die LCR in der Vergangenheit immer wieder zu der Gründung *einer* antikapitalistischen Partei aufgerufen, so wird von der Mehrheit das Angebot der FKP zu einer Einheitskandidatur gegenwärtig skeptisch beurteilt. Sie schätzt die FKP als im Wesentlichen von ihrem Apparat dominiert ein, der auf ein Bündnis mit den Sozialisten festgelegt sei. Eine gemeinsame Kandidatur würde dann

13 Nachzulesen unter http://www.lcr-rouge.org/rubriquecongres.php3?id_rubrique=144.

14 Die Einschätzung, dass sich die Diskussion innerhalb der LCR um zwei wesentliche Positionen herum vollzieht, hat sich seit Verfassung des Artikels bestätigt. Für den Congrès national, der am 23. Juni über die Kandidatur entscheiden soll, haben sich jetzt jeweils Plattform 1 und 2 und Plattform 3 und 4 zu gemeinsamen Resolutionen zusammengeschlossen. Die eine, die die Kandidatur von Besancenot verkünden will und die andere, die diese Entscheidung weiter verschieben will und die LCR stattdessen auf eine aktive Teilnahme an den neu entstehenden »Linke«-Kollektiven festlegen möchte. Siehe auch Anmerkung 15.

15 Dieses Treffen hat nach der Abfassung des Artikels stattgefunden. Es waren insgesamt 350 Aktive aus über 150 Kollektiven anwesend. Außer José Bove waren mit Marie-George Buffet, Olivier Besancenot und Jean-Luc Mélenchen auch wichtige politische Protagonisten der Neuformierung anwesend. Die Diskussion drehte sich nach Verabschiedung der Charta vor allem um die Frage der Einheitskandidaturen. Alle Anwesenden sprachen sich für solche aus, wobei die Kollektive aber nicht zu Trägern dieser werden sollten (da auch Gewerkschafter von SUD, CGT oder der FSU sowie Attac zu diesen zählen, die sich nicht parteipolitisch positionieren möchten). Allerdings ist am Tag vor dem Treffen ein neuer Appell veröffentlicht worden, den neben der FKP, den Initiatoren der Kollektive des 29. Mai, der Grünen-Minderheit auch wichtige Vertreter der Strömung von Jean-Luc Mélenchen unter-

also zur Kompromittierung der LCR in einem neuen Regierungsbündnis führen. Daraus leitet sich das Beharren auf einer Kandidatur von Besancenot ab.

Auf der anderen Seite stehen die Anhänger der Plattform 3 und 4, die die Notwendigkeit einer politischen Neuformierung betonen. Sie sehen bereits in einem möglichen weitreichenden Reformprogramm, das Grundlage einer anti-neoliberalen Einheitskandidatur sein könnte, ein Programm, das, sollte es umgesetzt werden, die Grenzen des Kapitalismus sprengen würde. Eine anti-neoliberale Sammlungsbewegung wäre also für sie, die sich als Revolutionäre verstehen, ein großes Feld, in dem sie ihre strategischen Perspektiven einem neuen Publikum eröffnen könnten.

Die Debatten in der LCR werden abseits dessen, dass sie grundsätzliche strategische Fragen der Linken in der Neuformierung aufwerfen, wahrscheinlich entscheidend für eine mögliche Neuformierung sein. Denn nachdem die FKP ihre Entscheidung auf den November vertagt hat, ist nun die LCR mit ihrem Kongress im Juni wohl der erste Akteur, der über eine grundsätzliche Weichenstellung entscheiden muss.¹⁴

Ausblick und Fazit

Der Erfolg der Referendums-Bewegung des 29. Mai und der Erfolg gegen das Gesetz zur Veränderung des Arbeitsrechts haben die französische Linke wieder ins Zentrum der nationalen und internationalen Aufmerksamkeit gerückt. Die Frage ist nun, ob aus dem zweimaligen »Nein« auch eine politische Neuformierung der Linken insgesamt erwächst.

Mit der Entscheidung der FKP, ihre Kandidatenkür auf den Herbst zu verschieben und gleichzeitig zu einer anti-neoliberalen Einheitskandidatur aufzurufen, eröffnet sich für diese Neuformierung ein historisches Zeitfenster. Es wird sich zeigen, ob unterschiedliche politische Traditionen zueinander finden können.

Wesentliche Stationen werden dabei *erstens* die nationale Versammlung der Kollektive des »Nein« am 13. Mai sein mit der Entscheidung über eine anti-neoliberale Charta, die als inhaltliche Grundlage einer Einheitskandidatur dienen könnte.¹⁵ *Zweitens* wird dann am Jahrestag des 29. Mai eine Versammlung auf Einladung der FKP stattfinden und *drittens* wird die LCR im Juni auf ihrem Kongress über ihren Kandidaten entscheiden. Im Oktober wird *schließlich* die FKP über ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen beschließen.

Irgendwann zwischen diesen Daten wird sich entscheiden, ob es zu einer Einheitskandidatur kommt oder nicht. Eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen dabei die Sozialisten. Präsentieren sie beispielsweise Laurent Fabius als Präsidentschaftskandidaten, so würden sie eine starke Anziehungskraft auf das »Nein«-Lager ausüben und Neuformierungsprozesse jenseits der Sozialistischen Partei erschweren. Stellen sie aber hingegen mit Ségolène Royal eine Kandidatin auf, die auch nach der Niederlage beim Referendum unablässig einen Plan B für die Verabschiedung der EU-Verfassung fordert und keine Gelegenheit auslässt, um den »Dritten Weg« von Tony Blair zu loben, so könnte dies die »Nein«-Wähler unter den Sozialisten so brüskieren, dass diese die Partei verlassen. Damit wäre dann eine Strömung da, die von außen Druck auf FKP und LCR ausüben würde, sich

zu vereinigen – wie es z. B. ohne externen Druck auf WASG und PDS wohl kaum zu einer Einigung gekommen wäre.¹⁶ Das könnte eine Neuformierung der Linken in Frankreich insgesamt sicher erleichtern.

Könnte ein Impuls von außen den Ausgang der Neuformierung beeinflussen, so werden die entscheidenden Auseinandersetzungen aber wohl innerhalb der politisch beteiligten Parteien und Strömungen und im Wechselspiel derselben zueinander stattfinden.

Im Rahmen dessen sind viele wesentliche Fragen linker Strategie aufgeworfen worden, von deren Beantwortung das Schicksal möglicher Neuformierungen abhängt:

– Ist die parlamentarische Arbeit und Neuformierung nur ein Mittel, um den Kampf um die politische Hegemonie in den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu führen? Oder sind die außerparlamentarischen Bewegungen vor allem ein Mittel, um Kräfteverhältnisse in einer möglichen linken Regierung zu verändern?

– Sind die Sozialisten, bzw. allgemeiner ist die moderne Sozialdemokratie eine neoliberale Partei und die Wahlkämpfe nur ein Kampf, um die Wählerschaft der Sozialisten von diesen zu trennen, wie dies erfolgreich bei der »Nein«-Kampagne gelungen ist? Oder sind die Sozialisten Teil einer gemeinsamen Linken, die es mit Hilfe einer anti-neoliberalen Formierung nach links zu verschieben gilt?

– Gibt es einen Widerspruch zwischen einem Sieg über die Rechte, den sich eine Mehrheit der Wähler der Linken wünscht und der wohl ohne Beteiligung der Sozialisten undenkbar ist, und einer anti-neoliberalen Formierung, deren Logik ja gerade die Abgrenzung von den Sozialisten beinhaltet?

– Sind politische Apparate in letzter Instanz ihrer eigenen Reproduktion stärker verpflichtet als einem politischen Projekt ihrer Mitglieder? Ist die FKP also organisationssoziologisch an ein potenzielles Regierungsbündnis mit der Sozialistischen Partei so gebunden, dass sie als Partner einer anti-neoliberalen Neuformierung ausfällt oder hat sie sich über die Beteiligung an der globalisierungskritischen Bewegung und den Kollektiven des 29. Mai so verändert, dass auch der Funktionsapparat seine konservative Rolle nicht mehr in dem gleichen Ausmaß ausführen kann?

– Welche Bedeutung haben mögliche Programme als Grundlage einer politischen Neuformierung? Sind sie konkrete Festlegung und Richtschnur späterer Regierungsbeteiligungen oder sind sie Übergangsforderungen, deren auch nur annähernde Erfüllung einen solchen gesellschaftlichen Kampf entfachen, dass sie synonym zur Systemüberwindung sind?

zeichneten. Von der LCR unterzeichneten lediglich Vertreter der Plattform 3 und 4. Mit diesem Appell als Grundlage sollen, sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene, neue Kollektive gegründet werden. Als Namensfavorit gilt die Bezeichnung »la gauche« (die Linke). Die verabschiedete Charta ist unter <http://www.collectifdu29mai.org/Derniere-version-de-la-Charte.html> einzusehen.

16 Mit der Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen und der darauf folgenden Erklärung von Oskar Lafontaine, er stehe für eine geeinte Kandidatur der Linken zur Verfügung, entfaltete sich ein enormer Druck zur Einheit von PDS und WASG für die Bundestagswahl und daraus folgend für ein gemeinsames Parteiprojekt.